

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion,  
der SPD-Fraktion  
und des Herrn Koçak (JuDu)**

öffentlich

| Zur Sitzung                   | Sitzungstermin | Behandlung   |
|-------------------------------|----------------|--------------|
| Bezirksvertretung Rheinhausen | 09.06.2026     | Entscheidung |

---

**Betreff**

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und des Herrn Koçak (JuDu)  
hier: Grillverbot im Landschaftsschutzgebiet "Toeppersee" und Auftrag für eine neue  
Grill-Perspektive**

---

**Inhalt**

Das Grillen im Landschaftsschutzgebiet „Toeppersee“ (laufende Nummer 1.2.32) wird schnellstmöglich untersagt.

Gleichzeitig ist unverzüglich eine Arbeitsgruppe auf bezirklicher Ebene einzurichten, die konkrete und umsetzbare Vorschläge erarbeitet, wie und wo das Grillen für die Bevölkerung künftig in geordneten Bahnen ermöglicht werden kann.

**Begründung:**

Das Grillen auf öffentlichen Flächen gehört zwar nicht zu den klassischen hoheitlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge, ist jedoch als bedeutende soziale Praxis und Bestandteil des kommunalen Zusammenlebens zu bewerten. Öffentliche Grillmöglichkeiten schaffen Begegnungsräume, fördern Teilhabe und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gerade deshalb haben sich über Jahrzehnte hinweg zahlreiche Kommunen – auch in der Rhein-Ruhr-Region – für entsprechende Angebote engagiert. Gleichzeitig ist jedoch unübersehbar, dass insbesondere das unregulierte „freie Grillen“ zunehmend mit erheblichen Problemen verbunden ist: steigende Brandgefahr, zunehmende Müllbelastung, Belastung von Flora und Fauna, Lärm- und Rauchbelästigungen sowie Nutzungskonflikte durch eine wachsende Zahl auswärtiger Besucherinnen und Besucher.

Mehrere Städte wie Essen, Moers und Kamp-Lintfort haben bereits konsequent reagiert, entsprechende Flächen geschlossen und alternative Konzepte entwickelt. Diese Entwicklungen machen deutlich: Das bislang praktizierte, kostenfreie Grillen – selbst auf ausgewiesenen Flächen – stößt vielerorts an seine Grenzen. Der damit verbundene Aufwand steht zunehmend in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzen für die eigene Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, auch in Rheinhausen frühzeitig und entschlossen zu handeln. Die bisherigen Erfahrungen der noch jungen Grillsaison zeigen klaren Handlungsbedarf.

Ziel muss es sein, das Grillen künftig so zu organisieren, dass es für die Bürgerinnen und Bürger wieder in einem geordneten, sicheren und konfliktarmen Rahmen möglich ist – ohne dabei Anwohnerinnen und Anwohner unzumutbar zu belasten oder die Umwelt weiter zu beeinträchtigen.

(OB-01/90-1/96)